

Gemeinsam für den Systemwechsel streiten

Verbinden was unteilbar ist - NRW bewegen!

Antragsteller*innen: Jan Siebert Dortmund, Edith Barthelmus-Scholich Krefeld, Dominik Goertz Bielefeld, Rena Beese Dortmund, Piérre ter Horst Horn- KV Detmold, Gabi Lenkenhoff Dortmund, Nina Eumann Mülheim, Hannes Draeger Düsseldorf, , Jannis Shadouh, KV Essen , Daniel Kerekeš KV Essen, Iris Bernert-Leushacke, Dortmund, Frank Laubenburg Oberhausen, Niema Movassat Oberhausen, Sefika Minte Oberhausen, Theresa Brücker, KV Essen, Florian Meyer, KV Hamm, Fabian Stoffel Herford, Lea Guse, KV Essen, Katja Heyn ,KV Recklinghausen, Albert Töws, KV Köln, Sergen Canoglu, KV Köln, Efstathios Tassikas, KV Essen, Christopger Kolisch, KV Münster, Nils Böhlke KV Düsseldorf, Christian Patz kv Duisburg, Wolfgang Zimmermann KV Düsseldorf, Alexandra Mehdi Solingen, Lion Rudi KV Oberhausen, Jules El-Khatib kv Essen, Oliver Krieg, KV Münster, Kira Sawilla, KV Münster, Johanna Wegmann, KV Münster, Jasmin Waldes, KV Wesel, Sefika Minte, KV Oberhausen, Sascha H. Wagner, KV Wesel, Marion Wegscheider Essen, Julien Gribaa KV Duisburg. Sylvia Gabelmann KV Siegen-Wittgenstein, Lukas Hochberger, KV Münster, Jens Feldmann Münster, Danny Weser, KV Köln, Thies Gleis Köln, Michelle van Hees KV Mettmann, Markus W.Frank KV Köln, Helmut Born KV Düseldorf, Noah Bolg KV Köln, Vanessa Heeß KV Städteregion Aachen, Hubertus Zdebel Münster, Henning von Stolzenberg Oberhausen, Sven Kleinemeier Hamm, Stefan Hochstadt Essen, Ulrich Thoden, KV Münster

Der Landesparteitag fordert den neugewählten Landesvorstand dazu auf, seine Arbeitsweise solidarisch, basis- und bewegungsorientiert sowie organisierend auszurichten. Die Gesprächskultur und der Umgang miteinander müssen sich im Landesvorstand ändern, damit sich unsere ganze Kraft gegen die drohende Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung, gegen die Gefahr von Rechts und gegen die drohende Klimakatastrophe richten kann.

Der neugewählte Landesvorstand ist aufgerufen, den Kontakt mit den Bewegungen und Gewerkschaften zu vertiefen. Eine glaubwürdige Verankerung der LINKEN NRW in den Bewegungen und Gewerkschaften ist die Grundlage für einen möglichen Einzug in den Landtag 2022. Der Landesvorstand sollte die Kreisverbände darin bestärken, ihre Treffen attraktiv und offen für Neumitglieder zu gestalten. Wir sehen es als Aufgabe des Landesvorstandes an, Know-How und Best-Practises Beispiele von organisierender, bewegungsorientierter Parteiarbeit bereitzuhalten und zu verbreiten. Hierzu könnte es - sofern es der Gesundheitsschutz zulässt- im Jahr 2021 organisierende Parteikonferenzen geben, worin Genoss*innen voneinander lernen und sich darüber austauschen können, wie vor Ort Erfolge erzielt werden können.

Begründung:

Wir stehen in NRW vor großen Umwälzungen. In Folge der Corona-Krise werden insbesondere die lohnabhängig Beschäftigten und die von Armut Betroffenen massiv belastet werden. Die Armut wird zunehmen, Arbeitsplätze sind in Gefahr, die Lohnquote wird sinken und zusätzlich werden viele wichtige Zukunftsfragen wie die Energiewende und die Verkehrswende wieder aufgeschoben werden.

DIE LINKE wird also dringend gebraucht. Denn all dies sind keine Probleme, die nur als Folgen einer zeitweiligen Pandemie auftreten. Die Probleme sind im System angelegt und das System heißt Kapitalismus.

Wir sehen es im Fall Tönnies. Hier werden die arbeitenden Menschen ausgebeutet wie Sklaven. Lebende und fühlende Tiere werden industriell getötet und ein großer Teil der produzierten Lebensmittel landet am Ende doch im Müll. Natur und Umwelt werden massiv belastet.

Wir sehen es in der Pflege. Das auf Gewinn getrimmte Gesundheitswesen macht die Beschäftigten buchstäblich kaputt. Arbeit und Versorgung an der Kapazitätsgrenze lässt im Pandemiefall die Entscheidung wer leben darf und wer sterben muss zu einem realen Szenario werden.

Wir sehen es bei der Energiewende. Aufgrund der Gewinninteressen einiger Konzerne, die an umwelt- und klimafeindlichen aber billigen Methoden der Energiegewinnung festhalten wollen, sind 100.000 neue Jobs nicht entstanden oder wurden abgebaut, wie in der Solarindustrie, und der CO₂-Ausstoß geht munter weiter.

Die, von den beschriebenen Phänomenen, Betroffenen haben verschiedenste Sozialisationen erlebt und die Alltagswelten dieser Menschen unterscheiden sich zum Teil deutlich, trotzdem lassen sich ihre Interessen miteinander verknüpfen.

Seien es der Arbeiter in der Fleischindustrie, die Klimaaktivistin oder die Beschäftigte in der Pflege. Die Beispiele sind zahlreich. Der gemeinsame Nenner ist die Ausbeutung von Mensch und Umwelt durch den Kapitalismus, der jeden Lebensbereich dem Gewinnstreben unterwirft.

Das gilt insbesondere für jene Menschen, die auf staatliche Transfer-Leistungen angewiesen sind und die immer stärker ins prekäre Abseits geraten. Noch nie gab es in Deutschland so viele Arme. Dazu gehören Leitungsbeziehende, arme Rentner*innen, Behinderte, Aufstocker*innen, Alleinerziehende (Kinderarmut) usw. Die Verarmungsquote beträgt in zahlreichen Stadtteilen der NRW-Kommunen mehr als 35 % (unter 60% des mittleren Einkommens). Die Linke muss Bündnispartner finden, mit denen gemeinsam bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für diese Gruppe erkämpft werden. Wir fordern z.B. sofortige Erhöhung des Lebensunterhalts auf 582 Euro monatlich, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse statt 1-Euro-Jobs. Ein Masterplan zur Armutsbeseitigung ist erforderlich mit Perspektiven für Arbeit, Wohnen, Alterssicherung, Pflege, Bildung, zur Teilhabe an einem guten Leben

DIE LINKE muss die Chance nutzen, diese Menschen und ihre Interessen zu verbinden. Gemeinsam müssen wir den Klassenkampf aufnehmen. Um für eine solidarische Gesellschaft zu streiten, müssen wir aber auch selbst Solidarität leben. Respekt voreinander und Offenheit miteinander sind die Grundpfeiler für erfolgreiches gemeinsames Arbeiten. Streit ist dabei erlaubt und erwünscht, aber er muss solidarisch und anhand von Sachargumenten erfolgen. Nur so gelingt uns die gerechte Umverteilung von Arbeit und Reichtum, der Schutz von Klima und Umwelt und eine konsequente Friedenspolitik.

Wir müssen Teil der vielen Bewegungen und aktiven jungen wie erfahrenen Menschen sein, die für unsere Ziele kämpfen. Besonders da, wo es Menschen noch nicht gelingt für ihre Interessen und Forderungen zu kämpfen, ist LINKE Hilfe bei der Organisation wichtig. Wo Anwohner*innen eine bessere ÖPNV Anbindung fordern, wo über Diskriminierung geklagt oder ein höherer Lohn gefordert wird, ist es Aufgabe von LINKS den Protest zu unterstützen oder sogar zu organisieren.

Die Gesprächskultur und der Umgang miteinander müssen sich ändern, damit DIE LINKE in NRW eine ernstzunehmende politische Kraft ist.

Um die Bewegungen, Proteste und den Unmut in der Bevölkerung besser wahrzunehmen, muss sich zum Teil die Arbeit der Partei DIE LINKE verlagern. Die politische Arbeit darf sich nicht nur in Sitzungssälen und Parteizimmern abspielen. Wir müssen häufiger unsere Komfortzonen verlassen: Raus aus den Sitzungen, rein in die Viertel, auf die Straßen, an die Haustüren! Wo lässt sich was bewegen, wo gibt es die Möglichkeit einen Protest mitzuorganisieren, wie können wir bestehende Bewegungen unterstützen?

Wir müssen mit den Menschen auf der Straße sein und die gemeinsamen Forderungen verstärken, Anregungen aufnehmen und widerständig sein. Alle Erfahrungen zeigen, dass die wirklichen Veränderungen und Verbesserungen nicht von den Parlamenten ausgehen. Der Druck auf der Straße, in den Betrieben und verschiedensten Einrichtungen macht den Unterschied. Daran muss sich auch DIE LINKE immer erinnern.

In den Parlamenten müssen wir konsequent zu unserem Programm stehen. Wir müssen die Bühne nutzen, die uns geboten wird und den Druck der Straße aufgreifen und flankieren. Ein gutes Beispiel wie dies gelingen kann ist der Mietendeckel in Berlin. Nicht potentielle Ministerposten sollten unsere Richtschnur sein, sondern die Frage, welche konkrete Politik umgesetzt werden kann. Sachargumente und nicht Verträge müssen darüber entscheiden was zustimmungsfähig ist und was wir ablehnen, um die gerechtere und solidarischere Gesellschaft zu erreichen, die wir uns vorstellen. Bewegungsaktivist*innen, die für DIE LINKE in die Parlamente einziehen, können einen Unterschied machen, indem sie Bewegungsarbeit und parlamentarische Arbeit gemeinsam denken.

Wenn wir uns in Bewegungen aktiv beteiligen, konsequent unser Programm vertreten, so solidarisch miteinander umgehen wie wir uns die Gesellschaft wünschen und unser Wissen miteinander teilen, uns besser vernetzen und austauschen, dann kann es uns gut gelingen, mehr Mitglieder zu gewinnen, Wahlerfolge zu erzielen und die Gesellschaft zu verändern. Nötig ist es. Setzen wir uns dies also als DIE LINKE NRW zum Ziel, nicht nur für die nächsten Jahre, aber ganz besonders für diese.